

FIT IN DIE LEHRE – Die Abteilung Berufs- und Weiterbildung der Wirtschaftskammer besucht Sekundarschulen und zeigt den angehenden Lernenden, was die Wirtschaft von ihnen erwartet.

Die Motivation muss spürbar sein

Morgens um neun Uhr an der Sekundarschule in Frenkendorf: Statt im Schulzimmer sitzen die Schülerinnen und Schüler von drei 8. Klassen für einmal in der Aula.

Dort erwartet sie nicht ein Lehrer, sondern **Urs Berger**, Stv. Direktor der Wirtschaftskammer Baselland und Leiter Berufs- und Weiterbildung. Als Vertreter der Baselbieter KMU-Wirtschaft bringt er den Jugendlichen die Herausforderungen näher, die sich den angehenden Lernenden in der Berufswelt stellen werden.

Blockwoche zur Laufbahnplanung

Für die Schülerinnen und Schüler beginnt nämlich schon bald der Bewerbungsprozess für eine Lehrstelle. Sie setzen sich darum im Rahmen einer Blockwoche mit ihrer Laufbahnplanung und der Frage auseinander, was sie nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit machen können und machen wollen.

Das Programm «Fit in die Lehre» informiert Schülerinnen und Schüler, aber auch Eltern und Lehrpersonen, an Infoveranstaltungen, Elternabenden oder beim Besuch von Schulklassen aller Niveaustufen der Sekundarstufe 1 über die attraktiven Mög-



Urs Berger, Stv. Direktor der Wirtschaftskammer Baselland und Leiter Berufs- und Weiterbildung, referiert vor den Sekundarschülerinnen und Sekundarschülern. FOTO MÄDER

lichkeiten der dualen Ausbildung innerhalb der KMU-Wirtschaft. Die Teilnehmenden erfahren, dass die Berufslehre Theorie und Praxis vereint und so beste Aussichten für den Start in die berufliche Karriere bietet. Das Programm vermittelt ein reelles Bild darüber, was die Anforderungen

und Probleme angehegender Berufslernender sind und wie diese mit ihrem Bewerbungsdossier beim Lehrbetrieb punkten können.

Mit spürbarer Begeisterung für die duale Ausbildung veranschaulicht Urs Berger an diesem Morgen den Jugendlichen, was es heisst, Motiva-

tion für eine Sache zu zeigen: «Ihr seid alles tolle junge Personen, zeigt dies, wenn ihr euch für eine Lehrstelle bewirbt.» Bei einer Bewerbung setzen sich die Bewerbenden einer Konkurrenzsituation aus, weshalb die spürbare Motivation zusammen mit ausgeprägten Sozialkompetenzen entscheidend sein können.

Die Anwesenden werden auch nach ihren beruflichen Wünschen und Träumen gefragt und aufgefordert, diese realistisch zu prüfen. «Es ist wichtig, dass sich die Jugendlichen bewusst sind, was sie können und was sie wollen, wenn es um ihre berufliche Zukunft geht», sagt Berger.

«Sie merken, dass es ernst gilt»

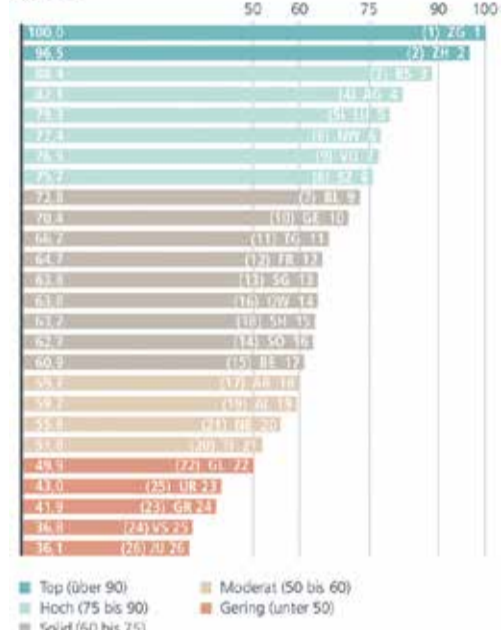
Wie wichtig es ist, mit Vertretern aus der Wirtschaft in Kontakt zu treten, betont der Klassenlehrer **Hanspeter Stucki**: «Wir schätzen den direkten Kontakt zur Arbeitswelt. Für die Jugendlichen ist es sehr hilfreich, Anforderungen an Stellensuchende von externen Vertretern aus der Berufswelt zu hören.» Die Jugendlichen nähmen dies noch einmal auf eine andere Weise wahr und merkten, dass es mit der Berufswahl nun ernst gilt. *Magdalena Mäder*

WETTBEWERBSINDIKATOR

Seit Jahren fällt das Baselbiet in der Wettbewerbsfähigkeit zurück.

Kanton Baselland im freien Fall

Kantonaler Wettbewerbsindikator (KWI) 2016



Der KWI zeigt die relative wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Kantone untereinander auf. QUELLE: UBS

Schon wieder: Wie bereits in den vergangenen Jahren fällt das Baselbiet bei der Wettbewerbsfähigkeit zurück. 2012, als die UBS erstmals ihren kantonalen Wettbewerbsindikator (KWI) veröffentlicht hatte, belegte der Kanton Baselland noch den guten fünften Rang. 2013 rutschte der Kanton auf den sechsten Rang ab, 2014 auf Platz sieben, und im vergangene Woche veröffentlichten Bericht belegt das Baselbiet nur noch Platz neun.

«Es ist offensichtlich: Unser Kanton befindet sich in punkto Wettbewerbsfähigkeit im freien Fall», konstatiert **Christoph Buser**, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland. «Ich stelle fest, dass die Wirtschaftsoffensive, wie ich schon verschiedentlich kritisiert habe, schlicht nicht vom Fleck kommt», sagt der Landrat, der 2012 die Wirtschaftsoffensive mit verschiedenen parlamentarischen Vorstössen aufs Tapet brachte. Doch geschehen sei seither kaum Zählbares, sagt Buser.

Zug vor Zürich, Basel-Stadt und Aargau

Die geforderte Schaffung gut erschlossener, investitionsbereiter Entwicklungsareale lässt laut Buser ebenso auf sich warten wie eine klare Ansage, wie sich der Kanton bei der Unternehmenssteuerreform positionieren wird. «Derweil verbessern andere Kantone laufend ihre Rahmenbedingungen», sagt Buser. Er verweist auf die Kantone Zug, Zürich, Basel-Stadt und Aargau, welche in dieser Reihenfolge seit Jahren die Plätze eins bis vier belegen.

Die Vorteile des Spitzenreiters Zug sind laut Studienverfasser eine sehr gut ausgebildete Bevölkerung, was den Kanton für Unternehmen interessant mache, sowie ein grosses Innovationspotenzial. Zudem befänden sich die Staatsfinanzen in einem guten Zustand.

«Alarmierendes Signal»

Als innovativsten Kanton bezeichnet die UBS-Studie Basel-Stadt. Dies habe mit den Life-Science-Branchen zu tun. Pharma, Biotech, Agrochemie und Medizinaltechnik sorgen für viele Patente. Hinter Basel weisen auch die Kantone Aargau, Luzern, Nidwalden, Waadt und Schwyz eine hohe Wettbewerbsfähigkeit aus.

Der kantonalen Wettbewerbsindikator der UBS vergleicht seit dem Jahr 2012 die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Kantone untereinander. Dabei beschreibt die Wettbewerbsfähigkeit eines Kantons dessen Potenzial zur nachhaltigen Steigerung seiner Wirtschaftsleistung. Dass das Baselbiet seit Jahren Boden verliere, bezeichnet Christoph Buser als «alarmierendes Signal». *Daniel Schindler*

POLIT-KOLUMNE

Gebühren statt Steuern: das klappt

Politik sei die Kunst, geduldig ganz besonders dicke Bretter zu bohren, heisst es. Stimmt, wie folgendes Beispiel zeigt. Zu den politischen Hinterlassenschaften des langjährigen Präsidenten des Hauseigentümergeverbands Schweiz (HEV) und früheren Solothurner FDP-Nationalrats (1993–2007) Rudolf Steiner (70) gehört eine Motion von Ende 2006: «Der Bundesrat wird aufgefordert, analog der jährlichen Erhebung «Steuerbelastung in der Schweiz» jährlich auch eine Erhebung «Gebührenbelastung in der Schweiz» vorzunehmen und zu publizieren.»

Steiners Begründung: «Die Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit Gebühren nimmt ständig zu. Transparenz fehlt.» Im März 2007 wies der Bundesrat Steiners Anliegen zurück: «Die Realisierung einer solchen Erhebung ist leider nicht möglich.» Es fehle eine einheitliche Basis für Gebühren und Abgaben, «was es praktisch verunmöglicht, standardisierte Abgabentypen zu bestimmen.» Immerhin gab der Bundesrat dem Motionär grundsätzlich recht: «In den letzten Jahren lässt sich ein leichtes Wachstum bei den Gebühren und Abgaben erkennen.» Am 1. Oktober 2007 überwies der Nationalrat Steiners Motion zum Verdruss des Bundesrates mit 171 gegen 6 Stimmen.

Und dann geschah vorerst einmal ein halbes Jahrzehnt lang gar nichts. Bis schliesslich die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) Ende Oktober letzten Jahres erstmals (!) einen Indikator publizierte, der einen interkantonalen Gebührenvergleich ermöglicht. Dieser zeigt: In den Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Schwyz, Glarus, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell AR, Appenzell IR, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Tessin, Wallis, Genf und Jura verlangen die Strassenverkehrsämter zu hohe Gebühren. Offizielles Fazit: «Hier überschreiten die Gebühren die anfallenden Kosten deutlich. Die Fahrzeug-



Peter Amstutz, ehemaliger Leiter der Bundeshaus-Redaktion der «Basler Zeitung»

halter finanzieren einen Teil des Staates.» Schweizweit übertreffen die Einnahmen diese Kosten im Durchschnitt um rund 116 Prozent. Besser siehts aus beim Betreuungswesen, der Einwohnerkontrolle, dem Grundbuchamt, dem Konkursamt, dem Zivilstandsamt usw. In diesen Bereichen weist einzig der Kanton Graubünden mehr Gebühreneinnahmen als Kosten aus.

Im schweizerischen Durchschnitt betragen die Einnahmen rund 75 Prozent der einschlägigen Kosten. Glarus und Graubünden stehen bei der Gebührenfinanzierung der Abfallwirtschaft ins Auge. Dort wird eindeutig mit der Abfallentsorgung Geld verdient, das dem Staat anderweitig zur Verfügung steht. Die Gebühren spielten insbesondere auf Kantons- und Gemeindeebene eine wichtige Rolle und seien mit jährlich knapp 8 Milliarden Franken «eine nicht unbedeutende Einnahmequelle», liess Bern verlauten. Der Bericht der Bundesverwaltung zeigt auch,

dass die Gebühreneinnahmen zwischen 1990 und 2008 um über 80 Prozent zugenommen haben.

Diese Zunahme ging nicht etwa mit einer entsprechenden Entlastung der Steuern einher. Im Gegenteil: Die Steuereinnahmen sind im gleichen Zeitraum ebenfalls deutlich angestiegen. Unter Berücksichtigung aller Zwangsabgaben liegt die Belastung durch Steuern und Abgaben in der Schweiz (Bund, Kantone und Gemeinden) heute über dem Durchschnitt der Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die kantonalen Unterschiede sind beträchtlich. Kantone mit tiefen Werten (Genf und Uri) finanzieren entweder grosse Teile der Ausgaben über Steuern statt über Gebühren oder haben bestimmte Dienstleistungen an öffentliche Unternehmen ausgelagert, welche nicht zum Staatssektor gehören. Kantone am oberen Ende der Skala (Basel-Stadt, Solothurn und Graubünden) decken hingegen beinahe alle Kosten in den genannten Bereichen durch Gebühreneinnahmen.

Gebühren im Sinne eines angemessenen Preises für ausserordentliche Zusatzkosten bei der Beanspruchung von Verwaltungsleistungen sind nicht grundsätzlich abzulehnen. Sie stellen sicher, dass die Kosten der Leistung von denen getragen werden, welche sie tatsächlich beanspruchen. Inakzeptabel ist jedoch, dass trotz massiv gestiegener Gebühren keine Entlastung bei den direkten Steuern stattfindet. Zudem sind viele Gebühren nachweisbar deutlich höher als die Kosten der öffentlichen Leistungen. Mehr als kostendeckend sollten die Gebührensätze aber wirklich nicht sein. Bis zur staatlichen Abzockerei ist es nämlich nur ein kleiner Schritt.

Der Autor gibt seine eigene Meinung wieder. Diese muss sich nicht mit jener der Wirtschaftskammer decken.

IMPRESSUM

standpunkt

Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Schwarztörstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern, Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch
Redaktion sgz: Schwarztörstrasse 26, 3007 Bern Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: ■ Wirtschaftskammer Baselland ■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft, Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

Internet: www.kmu.org

E-Mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Christoph Buser, Direktor

Redaktion/Umbruch: Reto Anklin (ra)

Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland

E-Mail: standpunkt@kmu.org

Der Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger

Quellenangabe ist erlaubt.